



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wo ist die Gefahr?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Wo ist die Gefahr?



In dem äußern Gebaren der deutschen Sozialdemokratie hat sich im letzten halben Jahr eine offenbare Wandlung vollzogen. Als im Herbst der russische Eisenbahnerstreik das Zarenreich aus den Angeln zu heben schien, ging auch durch ihre Reihen ein starker Drang zu unmittelbarer revolutionärer Betätigung. In ihrer Presse wurde Tag für Tag der Anbruch der großen Weltwende verkündet. Ex oriente lux! Von Rußland her sollte mit aller auf dem europäischen Kontinent noch bestehenden monarchischen Ordnung aufgeräumt und der Boden für die menscheitbeglückende Kultur einer neuen Zeit geebnet werden. Stolz und unumwunden erklärte der Vorwärts, die deutsche Sozialdemokratie werde es sich nicht nehmen lassen, in dieser Entwicklung die Avantgarde zu bilden. Der Anfang sollte am Jahrestage des „roten Sonntags“ von Petersburg gemacht werden. Daß man in den führenden Kreisen unsrer theoretischen Revolutionäre auch nur eine halbwegs klare Vorstellung davon gehabt hätte, was eigentlich geschehen sollte, ist zu bezweifeln. Wozu sollte man auch? Es galt nur, eine Gelegenheit zu schaffen, das andre überließ man der „wichtigen Logik der Tatsachen.“ Aber der Plan war tot, ehe der 21. Januar herankam; mit der Niederwerfung des Moskauer Dezemberaufstandes hatte ein eisiger Nordwind alle Blütenkeime der großen Weltwende zerstört. Der ungewöhnliche Machtaufwand, den die Staatsgewalt am 21. Januar entfaltete, mag gut gewesen sein, auch die Unbesonnensten vor einer Ausschreitung zu bewahren; daß die Führer für diesen Tag auch nicht den Schatten einer gewaltsamen Aktion beabsichtigten, kann man ihnen aufs Wort glauben. Die Lage war eben von Grund aus verändert.

Und so ist es seitdem geblieben. Als Surrogat für die erträumten revolutionären Taten hat man die Wahlrechtsproteste auf die Tagesordnung gestellt. Aber die Lenker der Sozialdemokratie können sich nicht darüber täuschen, daß dies ein Schlag ins Wasser war. Sie haben mit der Wiederholung dieser Art Demonstration am 18. März schlechterdings gar keinen Eindruck gemacht, bei den Regierungen sowohl wie beim Bürgertum und vor allem bei ihrer eignen Gefolgschaft. Diese ist zweifellos die am meisten enttäuschte. Nicht daß sie

für die tönenden Deklamationen über die „Wahlentrechtung“ unempfindlich wäre. Aber sie hatte nach den erst wenig Monate zurückliegenden offenen und versteckten Andeutungen ihrer Preßgewaltigen ganz andre Dinge erwartet als diesen unter den gegebenen Verhältnissen gänzlich aussichtslosen Feldzug gegen das Landtagswahlrecht. Deshalb überall ein kleinlauter Ton, der auch die führenden Geister ansteckt. Bei allem Lärm, den die Schar der „Genossen“ im Reichstage gelegentlich vollführt, sind ihre Reden matt, ohne jede Spur einer freudigen Zuversicht. Und ebenso mag ihre Presse noch so verschwenderisch mit großspurigen Phrasen um sich werfen, jedermann fühlt heraus, daß sie nur einen Mißerfolg zu verdecken beflissen ist. Von dem Frühlingsglauben, den sie vor einem Vierteljahre predigte, kann man nichts mehr hören.

Im Grunde jedoch ist der Stand der Dinge nicht anders, als er, von der kurzen Episode der russischen Illusionen abgesehen, schon seit lange gewesen ist. Obgleich die Theoretiker der herrschenden Marxschen Richtung niemals ge- leugnet haben, daß ihr Ideal nur durch eine gewaltsame Katastrophe zu verwirklichen sei, haben die Führer der Partei schwerlich jemals ernsthaft daran ge- dacht, eine solche tatsächlich ins Werk zu setzen. Zum mindesten war die von ihnen oft geäußerte Ansicht, daß die frühere Form der Revolutionskämpfe bei der heutigen Organisation und Bewaffnung des staatlichen Militärs nicht mehr möglich sei, durchaus ehrlich gemeint. Neuerdings wird diese Ansicht zwar an der Hand der bei dem Moskauer Aufstande gemachten Erfahrungen in der sozialdemokratischen Presse für Aberglauben erklärt; die Barrikade, sagt man, werde auch in den Revolutionen der Zukunft eine Rolle spielen, vielleicht sogar die entscheidende. Aber den Leitern der deutschen Sozialdemokratie tut man kaum Unrecht, wenn man vermutet, daß sie vorziehen werden, die Probe auf das Exempel anderwärts machen zu lassen. Nur zu gut kennen sie das feste Gefüge unsrer Armee. Wie unermüdlich sie auch darauf aus sind, es zu lockern, so erwarten sie davon doch auch nicht in absehbarer Zeit einen so durchschlagenden Erfolg, daß sich ein Kampf mit einigermaßen sicherer Aussicht wagen ließe. Man kann deshalb unbedenklich sagen, daß man von unsrer Sozialdemokratie eine gewaltsame Revolution im hergebrachten Sinne nicht zu befürchten braucht. Nur in dem Falle eines von uns unglücklich geführten Krieges könnte wohl die Versuchung übermächtig an sie herantreten; vereinzelt sind sogar Anzeichen bemerkbar geworden, daß auf eine solche Möglichkeit recht eifrig spekuliert wird. Gewiß wäre es eine Überhebung, wollten wir einen solchen Fall für absolut ausgeschlossen erklären. Sollte er aber je eintreten, dann würde er — so vertrauen wir — in unserm Volke sittliche Kräfte wach- rufen, die die Pläne der Revolutionäre erst recht zuschanden machen würden.

Die öffentliche Meinung in Deutschland hat also nicht Unrecht, wenn sie an eine Revolutionsgefahr — immer, wie gesagt, in dem hergebrachten Sinne — überhaupt nicht glaubt. Eine andre Frage aber ist, welche Konsequenzen sie daraus zieht. Die Tatsache besteht fort, daß die Sozialdemokratie der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung als geschworne Feindin gegenübersteht. Und sie ist nicht müßig, diese Feindschaft praktisch zu betätigen. Ihre ganz Deutsch- land überziehende Organisation, ihre Presse, ein Heer geschulter Agitatoren,

alles ist an der Arbeit, an tausenden verschiedener Punkte diese Ordnung planmäßig zu untergraben. Und diese Maulwurfsarbeit vollziehen sie unter dem Schutze der staatlichen Gesetze, im Vollgenusse der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten. Die auf den Umsturz zielende Partei wirkt im Reichstage und in den Landtagen, in den kommunalen Vertretungen und Verwaltungen gleichberechtigt mit jeder andern Partei, ja wir verschaffen ihr durch unsere sozialpolitische Gesetzgebung noch neue Handhaben, ihren Einfluß zu befestigen und zu erweitern. So ist die Einrichtung der obligatorischen Krankenkassen weithin für die Sozialdemokratie ein Mittel zur Ausübung einer wahrhaft terroristischen Gewalt geworden. Und so steht die Reichsgesetzgebung im Begriff, den gewerkschaftlichen Organisationen die gesetzliche Anerkennung zu gewähren, die die Herrschaft der sozialdemokratischen Ideen über die Arbeiterschaft wirksamer als die politische Agitation verbreiten und den Klassenkampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber als Selbstzweck kultivieren. Kurz, die „Aushöhlung der Gesellschaft von innen heraus,“ die der Revisionist Bernstein den „Genossen“ empfahl, als sie ihn wegen seiner theoretischen Rezerieren zur Rechenschaft zogen, ist auf die verschiedenste Weise in vollem Gange. Sollen wir ihr mit verschränkten Armen zuschauen, weil wir vor einer gewaltsamen Revolution sicher sein können?

Niemand auf der Seite des Bürgertums wird diese Frage bejahen wollen. Aber nur wenige wissen bestimmt zu sagen, was geschehen soll. Diese wenigen sind die sogenannten Scharfmacher, die eine rücksichtslose Bekämpfung der Wühlarbeit der Sozialdemokratie durch eine Spezialgesetzgebung empfehlen. Aber sie bilden — einstweilen wenigstens — eine nicht ins Gewicht fallende Minderheit. Die Regierung hofft, mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln auszukommen; diese will sie in ihrer ganzen Schärfe anwenden. Aber sie findet mit diesem Vorhaben nicht einmal den ungeteilten Beifall der Leute, die sich über die Verderblichkeit der sozialdemokratischen Tätigkeit nicht täuschen. Diese fürchten von jeder Repression nur eine Verschärfung der sozialdemokratischen Energie. Sie hoffen, daß die natürliche Entwicklung der Dinge die Heilung bringen wird. Werde nur die Reformgesetzgebung zugunsten der Arbeiter ohne Unterbrechung fortgesetzt, so werde der gesunde Sinn der Arbeiter schließlich die Unerprießlichkeit des Treibens der Sozialdemokratie durchschauen und sich von dieser abwenden. Leider wird dieser Optimismus bisher durch die Tatsachen nur ganz und gar nicht gerechtfertigt. Gegen eine verständige Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist nichts einzuwenden; sie gehört zu den vornehmsten Aufgaben des modernen Staates. Aber die Hoffnung, daß man durch sie die im Banne des sozialdemokratischen Einflusses stehenden Arbeiter mit der bestehenden Ordnung versöhnen werde, wird eitel bleiben, solange nicht der Arbeiter durch eine in die Augen fallende tatkräftige Bekämpfung der Sozialdemokratie von Staats wegen zum Nachdenken über die wahre Natur dieser seiner „Freunde“ gebracht wird. Alle die schönen Reden innerhalb und außerhalb des Reichstags bringen ihn nicht dazu, denn er liest sie nicht. Läßt man die Sozialdemokratie, wie bisher, ungestört gewähren, so ist dafür gesorgt, daß die große Masse der Arbeiterschaft in der sozialpolitischen Gesetzgebung immer

eine elende Abschlagszahlung sieht, zu der die bürgerliche Gesellschaft nur durch die Furcht vor der Sozialdemokratie gezwungen werde, und nur mit um so größerem Vertrauen wird sie dieser als ihrer „Befreierin“ folgen.

Liegt somit in der Unterlassung einer entschlossenen und wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie unverkennbar eine große Gefahr, so verzehnfacht sich die aber, wenn im Bürgertum die Neigung zur Annäherung an die Sozialdemokratie, zur Verständigung, ja zum Zusammenwirken mit ihr Platz greift. In nicht kleinen Kreisen bürgerlicher Idealisten hat jahrelang, anknüpfend an die revisionistische Richtung, der Glaube an eine Mauferung der Sozialdemokratie zu einer die Grundlagen der bestehenden Ordnung anerkennenden Reformpartei in Blüte gestanden. Heute kann nur noch eine unheilbar verstockte Blindheit verkennen, daß der Revisionismus im Grunde ebenso revolutionär ist wie der marxistische Orthodoxismus, daß beide sich höchstens in der Methode, nicht aber im Ziel unterscheiden. Der Mauferungsglaube hat keine Bedeutung mehr, an seine Stelle ist die durch die Namen Barth und Naumann bezeichnete Bewegung getreten, deren Quintessenz dahin lautet: Ob gemauert oder nicht, die Sozialdemokratie ist die einzige starke Stütze, mit deren Hilfe der Liberalismus in Deutschland wieder zu Macht gelangen kann; darum — Bündnis des liberalen Bürgertums mit der Sozialdemokratie! Während diese ungeheuerliche Verirrung in Norddeutschland bei den eignen Parteigenossen der genannten Führer überwiegend auf Abweisung gestoßen ist, hat sie in Süddeutschland Anklang gefunden, und nicht nur im Reiche der theoretischen Wünsche, sondern auf dem Gebiete der praktischen Verwirklichung. Die bayrische Zentrumspartei hat schon zweimal für die Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie eine Vereinbarung über gegenseitige Wahlhilfe getroffen. Die schärfste Mißbilligung weiter Kreise hat ihr dafür nicht gefehlt. Aber von ganz anderer Tragweite war das Stichwahlabkommen, das die badischen Liberalen im letzten Herbst mit der Sozialdemokratie abgeschlossen haben. Nach den offiziellen Versicherungen anfangs auch nur als eine rein taktische Maßregel gedacht, die an den sachlichen Parteiunterschieden nicht das geringste ändere, hat sich dieses Abkommen mehr und mehr als die bewußte Anbahnung auch einer materiellen Annäherung, zum mindesten einer gegenseitigen Rücksicht entpuppt, die eine ernsthafteste Bekämpfung der Sozialdemokratie ausschließen muß. Die logische Konsequenz eines einmal begangnen Fehlers erweist sich eben stärker als alle guten Vorsätze. Durch jenes Stichwahlabkommen ist die Sozialdemokratie zur ausschlaggebenden Stellung in der Zweiten Kammer gelangt; für die Liberalen wäre die ganze widernatürliche Parteienverbindung bei den Wahlen umsonst gewesen, wenn ihnen die Sozialdemokratie jetzt nicht auch zur materiellen Unterstützung zur Verfügung stünde; also müssen die Liberalen auch zum materiellen Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie bereit sein. Im liberalen Lager hat man sich mit dem Wahne getragen, daß das praktische Zusammenarbeiten von selbst zu einem erträglichen modus vivendi führen werde; sehr bald aber hat sich herausgestellt, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, in der Rücksicht auch selbst die Gegenseitigkeit walten zu lassen. Ihre Auffassung des Verhältnisses ist einfach die: Wir diktieren, und ihr habt zu gehorchen.

In welchem Maße sich die Sozialdemokratie als Herrin der Lage fühlt, hat ihr Zusammenstoß mit dem Minister des Innern gezeigt. Ein Sozialdemokrat gebärdet sich als Mandatar der Schutzmannschaft zur Vertretung ihrer Beschwerden über ihre dienstlichen Verhältnisse. Der Minister erklärt, daß ein Schutzmann, der sich in solcher Sache an den Angehörigen einer auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ausgehenden Partei wende, seine Pflicht verlege; er werde den Schutzmännern diesen Verkehr verbieten. Darauf verlangt der sozialdemokratische Vizepräsident der Kammer mit maßloser Heftigkeit den Ordnungsruf wider den Minister. Und die Liberalen? Sie finden, daß die leidenschaftliche Form des Vorgehns der Sozialdemokratie unzulässig sei, in der Sache aber geben sie ihr Recht!

Das ist der Anfang der Auflösung des Staatsgefüges. Unmöglich kann man annehmen, daß wenigstens die weiter schauenden Köpfe unter den badischen Liberalen das nicht begriffen. Aber auf ihnen lastet der bekannte Fluch der bösen Tat. Werden diese Vorgänge auf den ehemals so hoch gepriesenen „Musterstaat“ beschränkt bleiben? Schon geht die Rede, daß die bayrischen Liberalen für die nächstjährigen Landtagswahlen eine Nachahmung des badischen Beispiels planen. Greift das so weiter, so zieht über unser Vaterland ein Verhängnis herauf, gegen das aller Schaden, den die Sozialdemokratie direkt anzustiften vermöchte, das reine Kinderpiel wäre. Nicht in der Sozialdemokratie, im Bürgertum selbst steckt die wahre Gefahr.



Die Ursachen des Zusammenbruchs Preußens im Jahre 1806

Von G. von Bismarck in Dessau

Frei war von Schuld nicht einer. —
Ja von uns allen keiner
Ist, der nicht schwer geirrt.
Nun laßt uns frei bekennen
Und endlich das erkennen,
Was uns so lang verwirrt.

(Lebensbilder aus den Befreiungskriegen)



Als nach der Niederlage von Jena und Auerstädt mit dem Zusammenbruche des größten Teils der Armee zugleich auch der Staat in Trümmer ging, wurde unter Ausscheidung alles morschen Materials der Wiederaufbau unverzüglich in Angriff genommen. Die Mehrzahl aller Bausteine blieb hierfür verwendbar; denn es war hauptsächlich der Mörtel gewesen, dessen verloren gegangne Bindekraft den Einsturz veranlaßt hatte. Viel Tüchtiges und Braves hatte bewiesen, daß der Kern des Materials, aus dem die brandenburgisch-preußischen Fürsten ihren Staat zu zimmern wußten, vortrefflich war. Auch die neuen Baumeister nach 1806 entstammten ausnahmslos dem alten Regime. Fast alle hatten